

Konrad-Adenauer-Stiftung Baltische Staaten

Parlamentswahlen in Lettland: Stabilität mit Überraschungseffekten

Oliver Morwinsky, Daiga Krieva, Una Spēlmane-Baumane, Ieva Jēkabsons, Jana Kalniņa

Die Parlamentswahlen in Lettland finden in turbulenten Zeiten statt. Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine haben auch Einfluss auf die Wahlentscheidung in Lettland. Die Partei des amtierenden Ministerpräsidenten findet zurück zu alter Stärke. Die russischsprachige Wählerschaft ist zersplittert. Zwei Drittel des Parlamentes besteht aus neuen Abgeordneten. Die Rückkehr zweier Oligarchen ins Parlament lässt aufhorchen. Die neue Regierung sollte im November stehen.

Am 1. Oktober wurden 1,5 Millionen Wahlberechtigte an die Wahlurnen gerufen um das lettische Parlament (Saeima; 100 Sitze) zu wählen. Die Wahl findet in unruhigen Zeiten statt. Dies ist in der Region besonders spürbar. Und doch ist der Wahlkampf debatten- und themenreich. Auch war eine erhöhte politische Partizipation im Vorhinein der Parlamentswahlen zu spüren. So wurden insgesamt 19 Parteilisten mit 1.832 Namen registriert. Zum Vergleich: Bei den Wahlen 2018 waren es nur 16 Parteilisten. Die meisten Parteilisten sind Wahlbündnisse. Es gibt aber auch einige Parteien, die allein antreten (z.B. "Die Progressiven" und "Die Konservativen").

In Lettland findet die Abstimmung über die Parteiliste statt. Ein Erst- und Zweitstimmensystem (wie in Deutschland) existiert in der Form nicht. Vielmehr wählt man eine Liste (= Partei) aus und kann dort die Reihenfolge (und somit die Aussichten auf den Einzug ins Parlament) der einzelnen Kandidaten beeinflussen. Personen können gestrichen oder mit einem "Plus" versehen werden, um sie in der Reihenfolge steigen oder fallen zu lassen. Das führt zum Teil dazu, dass Spitzenkandidaten einiger

Parteien, trotz eines guten Parteiergebnisses, selbst nicht ins Parlament einziehen können.

Neben der erhöhten politischen Partizipation ist auch die Wahlbeteiligung im Vergleich zur letzten Wahl gestiegen. So stimmten 59,4 Prozent aller Wahlberechtigten ab (2018: 54,5 Prozent). Sie stellt gar die höchste seit 11 Jahren dar. Die Beteiligung ist landesweit gestiegen (niedrigster Wert in Riga: 52,5 Prozent; höchster in Vidzeme: 66,2 Prozent). Auch in Latgale, der östlichen Region an der Grenze zu Russland und Belarus, hat sich die Wahlbeteiligung erhöht.

Die erhöhte Wahlbeteiligung basiert auf verschiedenen Faktoren: Zuerst aufgrund der aktuellen geopolitischen Lage, verbunden mit einem wachsenden Vertrauen in den Staat. Zudem gab es meist gute Alternativen zwischen wenigstens zwei Parteien in jedem politischen Spektrum, verbunden mit aktiven Wahlaufrufen in allen Medien.

Überzeugende Regierungsarbeit

Trotz der vielen Herausforderungen, insbesondere der Covid- und der Ukraine-Krise, ist es den Politikern und der aktuellen Regierung gelungen, die Situation größtenteils erfolgreich zu meistern. Dies hat einen großen Ausschlag für das gute Wahlergebnis für die Partei des Ministerpräsidenten, Krišjānis Kariņš, *Jaunā Vienotība* (zu Deutsch: „Neue Einigkeit“, EVP) gegeben. Nach dem kolossal schlechten Wahlergebnis im Jahr 2018, als man auf lediglich 6,7 Prozent der Stimmen kam und insgesamt 16 Prozentpunkte verlor, ist das diesjährige Wahlergebnis von 18,9 Prozent ein großer Erfolg und bringt die Partei zurück auf den Pfad alter Stärke. Die Regierung war die erste seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1991, die eine volle Legislaturperiode durchregiert hat. Auch die Zusammenstellung der Koalition aus fünf, am Ende lediglich aus vier sehr unterschiedlichen politischen Kräften, haben das Regieren nicht vereinfacht. Doch der Ministerpräsident hat sich als echter Krisenmanager erwiesen und viel Vertrauen zurückgewonnen. Zu den bedeutendsten Erfolgen der Regierungsarbeit zählen die Gebietsreform, die Hafenreform sowie das Krisenmanagement bei der Covid-, der Ukraine- und der Energiekrise. Pro Kopf gerechnet hat Lettland die zweitgrößte militärische Hilfe an die Ukraine geleistet - nach Estland, was von einem Großteil der Wählerschaft goutiert wurde. Während der Covid-Krise haben sowohl Unternehmen als auch Arbeitnehmer stabile finanzielle Unterstützung erhalten.

An zweiter Stelle ist die konservative *Zaļo un zemnieku savienība* („Union der Grünen und Bauern“), mit einem Zuwachs von 2,6 Punkten auf insgesamt 12,5 Prozent gelandet. Die Partei unter dem Einfluss des Oligarchen und wegen Korruption zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilten, jedoch auf Kautions wieder entlassenen, Aivars Lembergs, die in der letzten Legislaturperiode in der Opposition war, hatte zwei ihrer Mitgliedsparteien vor der Wahl verloren: die *Latvijas Zaļā partija* („Lettische grüne Partei“) und die regionale Partei *Liepājas Partija* („Liepaja Partei“). Diese zwei Parteien sind dem neu gegründeten Parteienbündnis „Vereinte Liste“ beigetreten. Die Umfragewerte beider Parteien lagen vor den Wahlen fast

gleichauf. Ein Teil der traditionellen Wähler von der „Union der Grünen und Bauern“ hatte wohl die großen Veränderungen wegen der Beibehaltung des Namens nicht mitbekommen. Lembergs, der selbst nicht für das Parlament kandidiert, ist jedoch von der Partei als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten ernannt worden.

Die *Nacionālā apvienība* („Nationale Allianz“) ist mit 9,3 Prozent lediglich auf dem vierten Platz gelandet. Sie hat nach wie vor und einen festen Wählerkern und damit einen stabilen Platz in der lettischen Politik. Allerdings werden ihre Wähler immer älter. Hinzu kommt, dass ehemalige thematische Schwerpunkte von der aktuellen Regierung übernommen wurden. So wurde zum Beispiel während der letzten Legislaturperiode das Gesetz über den endgültigen Übergang des Unterrichts in die lettische Landessprache in den allgemeinbildenden Schulen und Kindergärten ab 2023 beschlossen. Ihre kritische Einstellung zu Russland ist seit dem Krieg in der Ukraine parteiübergreifend ausgeprägt - mit Ausnahme der *Latvijas Krievu savienība* („Russische Union Lettlands“, LKS) und der neu entstandenen Partei „Für Stabilität!“.

Selbstbewusste Neuzugänge

Der größte Neuzugang mit insgesamt 10,9 Prozent und damit drittgrößte Fraktion in der Saeima, ist die *Apvienotais saraksts* („Vereinte Liste“). Sie ist eine bunte politische Kraft. Die Liste besteht aus der *Latvijas Zaļā partija* und der *Liepājas Partija*, die beide jahrelang mit der Union der Grünen und Bauern war, sowie der Regionen Union („*Reģionu apvienība*“). Gründer ist der erfolgreiche Bauunternehmer Uldis Pīlēns. Pīlēns, der selbst nicht kandidierte, aber als Kandidat für den Posten des Ministerpräsidenten zur Verfügung stand, hat eine Reihe bereits bekannter Politiker aus anderen Parteien abgeworben und sich teilweise auch mit ganzen Parteien zusammengeschlossen. Uldis Pīlēns, gilt als Garant für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung nach „westlicher Tradition“. Dies war ein wesentlicher Teil des Erfolgs des Wahlbündnisses.

Ebenfalls im Parlament vertreten ist die *Partei Progresīvie* („Die Progressiven“). Das Ergebnis blieb mit 6,1 Prozent leicht unter

den Erwartungen. Dennoch hat die Partei mit sozialdemokratischer und grüner Ausrichtung und einem Durchschnittsalter von 36 Jahren sehr gute Aussichten künftig aktiv in der Landespolitik mitzuwirken. Die Partei hatte erstmals 2018 an den Wahlen teilgenommen, konnte damals die 5-Prozent-Hürde allerdings nicht überschreiten. Bei den Kommunalwahlen in Riga 2020 waren die "Progressiven" recht erfolgreich und ihre Vertreter sitzen im Stadtrat. Den Progressiven ist es gelungen, mehrere populäre Persönlichkeiten und Experten für die Wahlen zu gewinnen. So zum Beispiel der langjährige Direktor des Instituts für Außenpolitik Andris Sprūds, die ehemalige Leiterin des nationalen Kartellamtes Skaidrīte Ābrama sowie u.a. den ehemaligen Verteidigungsminister und Botschafter, Imants Viesturs Lieģis.

Verlierer der Wahl

Während der letzten vier Jahre – sowie insbesondere in den letzten sechs Monaten – hat es bedeutende Verschiebungen im politischen Spektrum gegeben. So hat die sozialdemokratische Partei *Saskaņa*, die meist russischsprachige Wähler anspricht, seit 2010 regelmäßig auf über 25 Prozent der Stimmen kam und somit meist auf dem ersten Platz landete, einen Großteil ihrer Stimmen eingebüßt. Zur allgemeinen Überraschung verpasste sie knapp den Einzug ins Parlament (4,8 Prozent). Hierfür gibt es zwei zentrale Gründe: Zum einen hat ein Teil ihrer traditionellen Wähler die Unterstützung der Fraktion bei der Verurteilung des russischen Angriffskrieges im Parlament nicht akzeptiert. Das Elektorat der *Saskaņa* ist seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges etwas orientierungslos. Noch folgenreicher war jedoch der Wechsel des langjährigen Parteivorsitzenden und Bürgermeisters von Riga, Nils Ušakovs, ins Europäische Parlament. Der über Parteigrenzen hinweg populäre Bürgermeister war das(!) Gesicht der Partei. Aufgrund von Korruptionsvorwürfen hat er sich jedoch aus der nationalen Politik zurückgezogen. Die radikalsten Anhänger der *Saskaņa* haben sich zwei anderen "russischsprachigen" Parteien angeschlossen: der *Latvijas Krievu savienība* ("Russischen Union Lettlands", LKS) und der *Stabilitātei!* ("Für Stabilität").

Einen starken Popularitätsverlust (minus 10,5 Prozent auf 3,1 Prozent) erlebte die

Partei *Konservatīvie* („Die Konservativen“), die mit dem Schwerpunkt Korruptionsbekämpfung bei den letzten Wahlen den dritten Platz belegte. Ihr Absturz lag weniger an den Inhalten, als an einer nicht konsequenten Umsetzung der Versprechen sowie an der Unbeliebtheit leitender Vertreter dieser Partei bei der Bevölkerung. Auch die nicht konstruktive Regierungsarbeit und die teils starke Überheblichkeit gegenüber den anderen Koalitionspartnern haben die Popularität der Partei negativ beeinflusst. Bei den Wahlen 2018 war die Partei noch auf Platz drei und stellte drei Minister.

Die liberale *Attīstībai/Par!* („Entwicklung/Pro!“) mit ihrem Ministerpräsidentenkandidaten, dem Verteidigungsminister Artis Pabriks, erlitt dasselbe Schicksal wie die Konservativen. Nach vier Jahren mäßiger und teils anrühlicher Regierungsarbeit, hat sie viel Vertrauen und den anfänglichen Idealismus verloren. Mit 4,97 Prozent verpasst sie haarscharf den Einzug ins Parlament – ihr fehlten letztlich lediglich 250 Stimmen. Ihr Spitzenkandidat und ehemaliger Verteidigungsminister hat nach der Wahl seinen Rückzug aus der Politik erklärt. Ein Grund für den Absturz des Parteienbündnisses war heftige Kritik an der Gesundheitsministerin der *Par!*-Partei während der Covidkrise. Der verschleppte Einkauf von Impfstoffen führte schlussendlich zu ihrem Rücktritt. Auch die zweite Bündnispartei, *Attīstībai*, hat ihren Minister (Umwelt und regionale Entwicklung) während der Legislatur verloren. Er trat aufgrund einer überführten Lüge über die Nutzung einer fremden Dauerparkerlaubnis in Riga zurück. Ebenso steht die Partei im Verdacht dem Glücksspielgeschäft zu nahe zu stehen. Angeblich wurde der neue Entwicklungsplan der Stadt Riga, in dem eine starke Reduzierung von Casinos vorgesehen war, deswegen zurückgewiesen.

Keine große Zustimmung für populistische Parteien, aber...

Im Unterschied zu den vorigen Wahlen gelang es nur wenigen der populistischen oder Kleinparteien bedeutende Zustimmung zu erlangen. Die 5-Prozent-Hürde konnten

„nur“ zwei der populistischen Parteien übertreten: die Partei des ehemaligen Oligarchen, mit dem Ruf eines „Machers“, Ainārs Šlesers, *Latvija pirmajā vietā* („Lettland an erster Stelle“) – gar leicht überraschend mit 6,2 Prozent. Deren Prioritäten wechselten von der Ablehnung der Covid-Impfungen zum Thema der konservativen Familie und deren gesellschaftlichen Definition. Eine Überraschung gelang auch der *Stabilitātei!* („Für Stabilität“). Sie zog mit 6,8 Prozent stabil ins Parlament und stellt dort die fünftgrößte Fraktion. Sie hat vor allem die Stimmen der russischsprachigen Bevölkerung, vor allem jenen Teil der bisherigen *Saskana*-Wählerschaft, die eher dem extremen Flügel der Partei zugeordnet werden konnten, übernommen. Sie hat im Osten Lettlands große Wahlerfolge gefeiert.

Hauptthemen des Wahlkampfes

Die Themen des Wahlkampfes wurden hauptsächlich von der geopolitischen Realität beeinflusst. Traditionelle Themen wie Bildung, Gesundheitswesen, Wirtschaft, Demographie, etc. wurden durch Energiesicherheit, innere und äußere Sicherheit, Energiekosten, Inflation und Ähnliche ergänzt. Das Thema Covid-19, auf dessen Basis sogar zwei populistische Parteien entstanden, spielte kaum mehr eine Rolle. Der Wahlkampf verlief ohne große Überraschungen. Wegen der eingeführten staatlichen Parteienfinanzierung gab es auch keine Verletzungen der Ausgabenbeschränkungen im Rahmen des Wahlkampfes. Auffallend war, dass im Wahlkampf bei der Frage, wer die wichtigsten Partner Lettlands seien, Deutschland kaum bis gar nicht (mehr) vorkam. Das ist ein sehr bedeutender Unterschied zu den Vorjahren. Dies kann eindeutig auf die sehr zögerliche – und hier als äußerst kritisch wahrgenommene – Politik der Bundesregierung in der Ukraine-Krise zurückgeführt werden.

Sicherheit

Der Krieg Russlands in der Ukraine hat das auch sonst für die Region wichtige Thema Sicherheit noch mehr akzentuiert. Parteienübergreifende Zustimmung (außer der pro-russischen Parteien) gibt es für eine

weitere Erhöhung des Verteidigungsbudgets und für die Stärkung der NATO-Präsenz in Lettland. Aktuell liegen die Verteidigungsausgaben bei 2,2 Prozent des BIPs (im März wurde eine Erhöhung auf 2,5 Prozent bis 2025 beschlossen). Die aktuelle sicherheitspolitische Lage war auch der Grund, warum die liberale Partei „Entwicklung.Pro!“, welche den bisherigen Verteidigungsminister, Artis Pabriks, stellte, die Wiedereinführung des obligatorischen Wehrdienstes durchsetzte. Das Gesetz wurde am 29. September vom Parlament konzeptuell unterstützt. Die endgültige Verabschiedung ist für den 20. Oktober geplant. Der Dienst wird ab dem zweiten Halbjahr 2023 wieder verpflichtend eingeführt. Außerdem wird in den allgemeinbildenden Schulen die Landesverteidigungslehre unterrichtet. Allerdings könnte die Verabschiedung des Gesetzes auch etwas verzögert werden, da einige Parteien der neugewählten Saeima Verbesserungsbedarf am Gesetzesentwurf sehen. Die Notwendigkeit des Wehrdienstes wird aber nicht bezweifelt.

Bildung

Die Reformen im Bildungswesen standen bereits in mehreren vorigen Legislaturperioden auf der Tagesordnung. Die Schließung von kleinen Schulen in den Regionen, um die Effizienz der Finanzmittel und die Bildungsqualität zu erhöhen, stößt nach wie vor auf Unzufriedenheit bei der ländlichen Bevölkerung. Im Übergang auf einen kompetenzorientierenden Unterricht, der fachübergreifend gestaltet wird, mangelt es an Lehrmaterial. Obwohl der Haushaltsanteil für die Bildung im europäischen Vergleich relativ gut ist, sind die Durchschnittseinkommen der Lehrerinnen und Lehrer – auch im Vergleich der drei Baltischen Staaten – bedeutend niedriger. Ein Streik der Lehrkräfte kurz vor den Wahlen konnte nur knapp verhindert werden.

Ein zentrales Thema für die pro-russischen Parteien war der Protest gegen den endgültigen Übergang zur lettischen Landessprache als Unterrichtssprache auf allen Bildungsebenen. Dies wurde in der

politischen Diskussion jedoch vornehmlich im Lichte der besseren Integrationsmöglichkeiten für alle Nicht-Lettisch-Sprachigen gesehen. Der Krieg in der Ukraine war hierfür sicherlich ein Auslöser, jedoch nicht der alleinige Grund.

Gesundheitswesen

Die Covid-Pandemie hat – zum Leid einiger populistischen Parteien – in der allgemeinen Diskussion stark an Bedeutung verloren. In den letzten Monaten wurden weder eine obligatorische Impfpflicht noch große Einschränkungen für Unternehmer oder das öffentliche Leben diskutiert. Das Besoldungssystem der Angestellten im Gesundheitsbereich wurde in der letzten Legislaturperiode stark verbessert, was die große Abwanderung von medizinischem Personal ins Ausland stoppen konnte. Trotzdem hat die Ärztegewerkschaft kurzfristig noch vor den Wahlen einen Streik ausgerufen und die Teilnahme an den Verhandlungen mit der Regierung abgesagt. Zu den Diskussionspunkten aus der Sicht der Patienten zählen lange Wartezeiten für Termine beim Spezialisten, hohe Zusatzzahlungen, teure Medikamente sowie ein schlecht funktionierendes Krankenversicherungssystem.

Energiesicherheit

Die Folgen des Krieges in der Ukraine haben die Energiesicherheit zum zentralen Thema gemacht. Lettland war bislang fast ausschließlich von russischem Gas abhängig. Die vorigen Regierungen haben es versäumt, rechtzeitig Maßnahmen für den Umbau auf erneuerbare Energien durchzusetzen. Die aktuelle Lage hat jedoch deutlich die Diskussionen sowie bereits konkrete Planungen für Windparks und Solarsysteme erzeugt. Auch der Bau eines kleinen – und für Lettland ersten – Atomkraftwerkes wird nicht mehr ausgeschlossen. Im August hat die Regierung eines von zwei von privaten Investoren ins Leben gerufene LNG-Terminal-Projekten unterstützt.

Wirtschaft und Inflation

In Lettland ist die Inflationsrate, im Vergleich mit den Vorjahresmonaten, im Jahr 2022 auf über 20 Prozent gestiegen. Größere Inflationsraten werden in der EU nur in Estland und in Litauen gemessen. Es gab rege Diskussionen über die Senkung der Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel (derzeit 21 Prozent) und Medizin (derzeit 12 Prozent) auf jeweils 5 Prozent. Die hohe Inflation treibt jedoch nicht nur die Preise, sondern auch die Staatseinnahmen, aufgrund der hohen Mehrwertsteuer, in die Höhe. So hat die Regierung die Steuersenkung auf 5 Prozent abgelehnt. Dies wurde im Wahlkampf stark diskutiert und kritisiert, da es zulasten der nationalen Wettbewerbsfähigkeit geht.

Was die Steigerung der Energiekosten betrifft, so hat die Regierung einen Kompensationsplan beschlossen, indem die Hälfte der Zusatzkosten den Verbrauchern vom Staat ersetzt wird. Für die sozial schwächeren Bevölkerungsschichten werden zusätzliche Unterstützungen gesichert.

Prognosen für die Koalitionsbildung

Aktuell wird von schwierigen, aber wegen der aktuellen Herausforderungen (Sicherheit, Energie usw.), schnellen Koalitionsverhandlungen ausgegangen. Staatspräsident Egils Levits wird höchstwahrscheinlich den Auftrag für eine Regierungsbildung dem aktuellen Ministerpräsidenten Krišjānis Kariņš erteilen. Bereits am 3. Oktober, nach der ersten Gesprächsrunde mit den Vertretern aller ins Parlament gewählten Parteien, wurde Kariņš die Leitung für Koalitionsverhandlungen anvertraut (noch keine offizielle Regierungsbildung). Als Kern der neuen Koalition gelten drei Parteien: *Jaunā Vienotība* („Neue Einigkeit“; EVP), *Nacionālā apvienība* („Nationale Allianz“) und *Apvienotais saraksts* („Vereinte Liste“). Sie sind Teil der bisherigen Regierung bzw. haben im Falle der „Vereinten Liste“ bereits Regierungserfahrung aus anderen Parteien. Sie kommen zusammen auf 54 der 100 Sitze.

Den weiteren Prozess können „rote Linien“ erschweren, die einige Parteien bereits klar

gezogen haben. Eine Zusammenarbeit mit der zweitstärksten „Bauern- und Grünen-Union“ schließen *Jaunā Vienotība* („Neue Einigkeit“) und *Apvienotais saraksts* („Vereinte Liste“) aus. Hauptforderung ist die Trennung vom wegen Korruption verurteilten und auf der Sanktionsliste der USA stehenden Vorsitzenden und Oligarchen Aivars Lembergs.

Die konservative *Nacionālā apvienība* („Nationale Allianz“) hat Vorbehalte gegen eine Zusammenarbeit mit den liberalen *Progresīvie* („Progressiven“) und präferiert eine Dreier-Koalition. Die „Progressiven“ haben aber bereits in der Wahlnacht gewisse Zugeständnisse versprochen. Um die Koalition stabiler zu gestalten, wäre ein weiterer Kooperationspartner notwendig. *Jaunā Vienotība* treibt dies vor allem stark voran. So würde man auf insgesamt 64 Mandate kommen und hätte eine stabile Mehrheit.

Man rechnet insgesamt mit einer schnellen Koalitionsbildung. Angepeilt wird der 1. November. Der Wahlgewinner, Premierminister Karins, hat bereits verlautbart, dass für ihn bzw. seine Partei es zu allererst um die Festlegung einer Strategie zu vier Kernbereichen geht:

1. Äußere Sicherheit
2. Innere Sicherheit
3. Wirtschaftliche Entwicklung
4. Bildung und Wissenschaft

Sobald hierüber mit möglichen Koalitionspartnern Einigkeit besteht, wird man über die Aufteilung der Ministerien sprechen.

Kurzbewertung

Der große Zuwachs für die *Jaunā Vienotība* ist ein gutes Zeichen für Kontinuität und Stabilität in Lettland. Dies ist gerade im sehr wechselhaften politischen Systems des

Landes, wo es regelmäßig zu ideologie-übergreifenden Parteiwechselln und Neugründungen kommt, ein gutes Signal. Ebenso kann eine Stärkung des gemäßigten Parteienspektrums attestiert werden. Dass ein Großteil von populistischen und Splitterparteien den Einzug in die 14. Saeima nicht geschafft hat, ist ein gutes Zeichen in aufregenden Zeiten. Man darf jedoch nicht naiv sein und sollte den nach wie vor vorhandenen Zuspruch für Putin im östlichen Landesteil nicht unterschätzen. Dies stellt eine große Herausforderung für die neue Regierung dar. Ebenso ist die Rückkehr von zwei Oligarchen ins Parlament ein beunruhigendes Zeichen. Man spricht zum Teil von der „Rückkehr der 90iger“, als Lettland vorrangig von drei Oligarchen „regiert“ wurde.

Thematisch bestand bei den Themen „Sicherheit“ und „Abschaffung von sowjetischen Altlasten“ (Okkupationsdenkmäler) allgemeiner Konsens – mit Ausnahme der pro-russischen Parteien. Man ist sich national einig und sieht die größte Herausforderung in der Überzeugung der (westlichen) Partner, die Bedrohung für das westliche Wertesystem und konkret für einzelne Staaten, ernster zu nehmen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat in vielerlei Hinsicht hier für einen Schub gesorgt.

Für Deutschland und Europa sind das insgesamt gute Nachrichten. Man kann mit einer insgesamt proeuropäischen und klar westlich orientierten Regierung rechnen. Gleichwohl stellt die – auch nach der langen Zeit des andauernden Krieges – vorhandene Zustimmung zum System Putin in Teilen Lettlands, auch für den Rest Europas eine Herausforderung dar. Nur durch Einigkeit, klare Führung und klare Positionierung kann dem erfolgreich begegnet werden. Die Wahl in Lettland ist hierfür ein erster, wichtiger Baustein.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Oliver Morwinsky
Leiter des Auslandsbüros für die Baltische Staaten

www.kas.de

oliver.morwinsky@kas.de



von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“,
CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>)